

KGW's Rundschreiben

25.07.2025
Seite 1 von 6

Deutschland, Europa und die Welt

Die abgewählte Koalition war nicht ganz unschuldig an der **Stagnation in Deutschland**, die wie ein Bremsklotz für die Wirtschaft wirkte. Führende Forschungsinstitute im In- und Ausland sagen der schwarz-roten Regierung für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von 0-0,5% voraus. Von den 50 untersuchten Nationen schneiden nur Norwegen und Österreich schlechter ab. Die Bundesbank berichtete, dass die deutschen Exportanteile seit 2017 sanken und sich im internationalen Vergleich seit 2021 bis heute besonders schwach darstellten. Die Schwäche des Exports hat spürbar zur Krise der deutschen Wirtschaft beigetragen. Als Beispiel Deutschlands wichtigstes Export-Gut 2024 – Kraftfahrzeuge und Kraftwagenteile. Wie auch in den vergangenen Jahren handelt es sich hierbei um die wichtigsten Exportgüter mit 262,8 Mrd. € und einem Anteil von 17% an den deutschen Gesamtexporten. Trend: Rückläufig. Ohne Zweifel hat sich die Stimmung der Unternehmen unter der neuen politischen Führung verbessert. Man erkennt es eindeutig am ifo-Geschäftsklimaindex bzw. am gestiegenen DAX. Vielleicht hat es auch mit dem egozentrischen Präsidenten Trump zu tun, der die USA zu einem unsicheren Investitionsstandort gemacht hat.

Wenn es das Ziel von US-Präsident Donald Trump war, den **Dollar** zu schwächen, hat er das erreicht. Der Greenback¹ entstand 1785 und wurde 1792 offizielle Währungseinheit der USA. Von Januar 2025 bis heute wurde er über 11,5% schwächer. Diese Bewegung verbilligt Amerikas Exporte und verteuert Importe. Die Dollar-Schwäche wird von der laufend höheren Staatsverschuldung beschleunigt. Datenanbieter Statista² prognostiziert bis 2030 auf knapp 48 Billionen Dollar. 2020 lag sie bei 28 Billionen Dollar und zurzeit bei ca. 37 Billionen Dollar. Die „Zollkeulen“ von Donald Trump tragen dazu bei, die Frage zu stellen, ob sich der Dollar als Weltwährung hält. Die US-Zollpolitik hat bereits eine Kapitalflucht aus den Staaten bewirkt. Dieser Trend wird sich fortsetzen, so dass es möglich wird, dass der US-Dollar seinen Ausnahmestatus am Kapitalmarkt verliert. Die Umschichtung weg von US-Staatsanleihen hin zu europäischen Staatsanleihen ist erkennbar und wird weitergehen. Aus dem Dollar-Raum fließt Kapital ab. Das dürfte den Euro als Sicherheitsanker stärken. Warten wir's ab, wann die kritische Schwelle von 1,20 \$/€ erreicht ist.

Weitgehend herrscht Zustimmung der deutschen Bevölkerung, sich für die Verteidigung zu verschulden. Rüstungskonzerne, allen voran Rheinmetall, sind Gewinner dieser Situation (und Anleger, die deren Aktien gekauft haben). Das beschlossene Investitionspaket zeigt den Strukturwandel an. Es hat den Anschein, dass die Industrie den Tiefpunkt erreicht hat, es aufwärts geht und manche im In- und Ausland Deutschland schon wieder als Konjunkturlokomotive in Europa ansehen. Noch steckt die deutsche Wirtschaft in der Krise und hat bei internationaler Wettbewerbsfähigkeit aufzuholen. Die OECD³ prognostiziert, dass es mit der augenblicklich

¹ In der Börsensprache ist der Ausdruck Greenback die gebräuchliche Bezeichnung für die Währung US-Dollar. Der Hintergrund des besonderen Namens ist die grüne Rückseite der ersten gedruckten Dollar-Banknoten. (Quelle: comdirect.de)

² Online-Plattform für Marktdaten, Statistik und Meinungsforschung

³ OECD - Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Sie wurde 1961 gegründet und hat ihren Sitz in Paris.

geringen Binnennachfrage Schluss sein soll. Das schuldenfinanzierte **Investitionspaket** der Regierung soll Investitionen in Verteidigung, Klimaschutz, Infrastruktur und anderes mehr ankurbeln. Die Umsetzung wird aber noch einige Zeit dauern; wie sagt der Volksmund: „So schnell schießen die Preußen nicht“. Auf die wirtschaftliche Krise reagiert der private Haushalt mit **sparen**. Im 4. Quartal 2024 wurde deutlich mehr gespart als im langjährigen Durchschnitt. Nun unterstützt die US-Politik die Stabilisierung nach der Schwächephase der deutschen Industrie nicht. Es bleibt nichts anderes übrig, uns selbst am Schopf aus dem „Moor“ zu ziehen. Deutsche Großunternehmen stehen hinter der Offensive „Made for Germany“. Man spricht von 300 Mrd. €, die in Deutschland investiert werden sollen. Am 21. dieses Monats wird mehr bekannt; dann kommen die CEOs dieser Firmen mit der politischen Führungsspitze im Kanzleramt zusammen.

Das hätte sich der Ex-Finanzminister Christian Lindner bestimmt gewünscht. Noch nie hat eine Bundesregierung einen Finanzminister (wie Lars Klingbeil) mit so viel Finanzmitteln ausgestattet. Trotzdem gibt es im **Bundeshaushalt** zwischen 2027 und 2029 eine Finanzierungslücke von 144 Mrd. €. Eine Lösung dafür hat Lars Klingbeil (noch) nicht. Bisher sind Schulden im Rekordtempo angesagt. Das hilft nicht weiter – wir brauchen Reformen im Rekordtempo. Die Unternehmen müssen entlastet werden (auf EU-Niveau), die Arbeit muss billiger werden, die Bürokratie muss drastisch eingedämmt werden und die im Koalitionsvertrag abgegebenen Versprechen müssen umgesetzt werden. Aktueller Zankapfel ist die Stromsteuer; das Ergebnis sollte Absenkung für alle und nicht nur für produzierende Unternehmen sein. Dafür müssten allerdings 50 Mrd. € aufgebracht werden, was ca. 10% des Bundeshaushalts ausmacht. Der Staat ist wahrscheinlich nicht bereit, diese herunterzusubventionieren. Lars Klingbeil hat reichlich damit zu tun, seinen Kernaufgaben nachzukommen. Die Rekordschulden müssen ausgegeben werden, die Sozialkassen und der Haushalt sind zu sanieren.

Kanzler Friedrich Merz sieht seine Tätigkeit in erster Linie in der **Außenpolitik**. Das allerdings möchte Lars Klingbeil nicht nur der Union und dem Kanzler überlassen. Er möchte nicht nur Finanzminister und Vizekanzler, sondern „Nebenaußenminister“ sein. Dazu hat er einen (neuen) Stab im Vizekanzleramt für Außenpolitik eingerichtet. Unter Ministerialdirigent Dr. Aulbach gibt es 4 Referate. Ob die dem Kanzlerstab Konkurrenz machen können, darf bezweifelt werden. Abgesehen von dieser teuren Doppelstruktur laufen Informationen zur Außenpolitik zunächst im Kanzleramt auf. Die Riege von Lars Klingbeil dürfte der des Kanzleramtes kaum gewachsen sein.

Es hatte sich **Jens Spahn** nicht träumen lassen, dass die **Maskenaffäre** aus seiner Zeit als Bundesgesundheitsminister für die heutige Koalition zur Belastung wird. Ungeklärt sind auch die Fragen, wer hatte was davon, dass er sich in die Beschaffung von Schutzmasken im Wert von knapp 6 Mrd. € einschaltete und warum akzeptierte er eigenmächtig überhöhte Preise? Er selbst bereicherte sich anscheinend nicht. Dass er den Großauftrag an das Logistikunternehmen Fiege (in seiner Heimatregion ansässig) vergab, steht nicht in der Kritik. Aktuell fordern Maskenlieferanten 2,3 Mrd. € plus Zinsen. Es wird ihm nicht positiv angerechnet, dass sein Ehemann, bezahlt von der CDU, im Bundeswahlkampf ein Promi-Netzwerk für Friedrich Merz aufbaute. Vom Handelsblatt wurde er gefragt, warum er die Mandatsträgerabgabe nicht korrekt abführte. Antwort: „Das ist mir durchgegangen.“! Die beschlossene Enquete-Kommission könnte zu einem Untersuchungsausschuss erweitert werden. Kommt es so weit, kann er wahrscheinlich auf dem Schleudersitz Platz nehmen. Auch im Streit zur Richterwahl von Frau Prof. Brosius-Gersdorf muss Jens Spahn die Verantwortung übernehmen. Die SPD wird die Kandidatin voraussichtlich nicht

zurückziehen und CDU/CSU haben das Thema bis nach der parlamentarischen Sommerpause (September) zur Entscheidung verschoben.

Im Schwarzbuch „**Die öffentliche Verschwendung**“ prangert der Bund der Steuerzahler Deutschland weitere Steuergeldverschwendungen (2024/25) an; hier einige Beispiele:

	<u>Kosten</u>
- Detailliert wird die Last der Bürokratie beschrieben	In 2022/23 23,7 Mrd. €
- 9,5 km Autobahnprojekt A33-Nord	Zwischensumme bis Ende 2022 183 Mio. €
- Schadensersatzzahlungen an die vorgesehenen Betreiber des Maut-Debakels verursacht durch den seinerzeitigen Verkehrsminister Andreas Scheuer	243 Mio. €
- Sonstige Kosten	?
- Ex-Minister Robert Habeck vergab 2023 an Batteriehersteller Northvolt (zwischenzeitlich insolvent – das Geld ist wohl weg)	600 Mio. €

Wer schlechte Laune bekommen möchte, bestellt dieses Buch. Es kann kostenlos angefordert werden. Am 13. Juli ist gemäß Lobbyverein „**Steuerzahlergedenktag**“. Ab diesem Tag arbeiten Bürgerinnen und Bürger für den eigenen Geldbeutel. Rein rechnerisch bleiben einem durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalt von einem Euro Einkommen 47 Cent übrig. Noch eines müsste die Bundesdeutschen misshandeln stimmen. Die Schuldenuhr des Bundes der Steuerzahler zeigte bis jetzt 2.798 € (Veränderung der Schulden je Bundesbürger pro Sekunde). Die massive Neuverschuldung im Haushalt 2025 hat die Schlagzahl auf 5.094 € erhöht. Wenn im September die Nettokreditaufnahme feststeht und das Schuldenpaket geschnürt ist, werden wir die aktuelle Anpassung der Schuldenuhr nennen. Schon heute ist klar; mit Haushaltsstabilität oder Generationengerechtigkeit hat das wenig bis gar nichts zu tun.

In Deutschland haften Ministerinnen und Minister im Allgemeinen nicht finanziell für Steuerverschwendung, da sie nicht in einem Dienstverhältnis zum Staat stehen, sondern auf der Grundlage eines politischen Mandats handeln. Es haftet der Staat, nicht die einzelnen Minister. Dies soll verhindern, dass politische Entscheidungen aus Angst vor persönlicher Haftung vermieden werden.

Im ersten Halbjahr 2025 ist die Zahl der **Insolvenzen** erneut gestiegen. Hauptgründe sind die schwache Nachfrage und zu hohe Kosten. Die liquiden Mittel sind aufgebraucht und Kredite werden nicht verlängert. Gestiegene Rohstoff- und Energiekosten machen den Unternehmen zu schaffen. Geschätzter Schaden im ersten Halbjahr 2025: ca. 33 Mrd. € (erstes Halbjahr 2024 ca. 30 Mrd. €). Besonders bei Pleiten von Unternehmen mit über 10 Mill. € Umsatz sind Jobs betroffen. Im ersten Halbjahr 2025 ca. 141.000 Arbeitnehmer, im gleichen Zeitraum 2024 ca. 133.000. Es gelingt immer

seltener, in der Insolvenz zu sanieren, weil die Investoren nur übernehmen, wenn sie sich sicher sind, künftig Gewinne zu erzielen.

Irgendein „rhetorischer Vorturner“ der EU brachte das Wort „**De-Risking**“ als Strategie gegen **China**. Es wurde Modewort in der europäischen Politik und es versteht sich von selbst, dass Deutschland es unter der Kanzlerschaft von Olaf Scholz im September 2023 übernahm. Ehrgeizige Worte, die sich aber als neuer wirtschaftlicher Kurs nicht einfach umsetzen ließen. Auch wenn es einen 64-seitigen Leitfaden gab, konnte die Politik die Beziehungen zu China damit nicht ad hoc verändern - die Abhängigkeit war und ist zu groß. De-Risking bedeutet, etwas Schlimmeres in der Zukunft abzufedern. Wie aber kann man den potentiellen Schaden ohne eine gute Risikobewertung feststellen? Wir haben in einer Welt der Unsicherheit alles vom Klimawandel bis zum Krieg. Das Risikomanagement (einschließlich der Entschärfung von Krisen) gehört zum Wesen unserer Gesellschaft. Wir Deutschen müssen uns nicht bemühen, das 64-seitige Papier umzusetzen, sondern De-Risking in konkrete Politik umsetzen. Dazu gehört Zugang zu qualitativ hochwertigen Informationen über das Land China und seine Bevölkerung. Es hat sich einiges ereignet, was Deutschlands Fähigkeit zu einer derartigen Risikobewertung nicht gerade förderlich war. In den Medien wird immer häufiger China als Rivale und nicht als Partner beschrieben, hauptsächlich von der EU. Chinas Regierung ist berüchtigt für seine Intransparenz. Chinas Mediensystem wird von der Regierung streng kontrolliert und die Nachrichtenmedien sind staatlich gelenkt. Reporter ohne Grenzen stuft China im weltweiten Länder-Ranking auf den vorletzten Platz ein. Offizielle Stellen in China können ein breites Spektrum von Thesen als sensibel einstufen und wenn „nicht-offizielle“ Formulierungen verwendet werden, den Inhalt löschen. Obwohl die deutsche Weltanschauung und die demokratischen Werte in krassem Gegensatz zu den chinesischen stehen, haben die Politiker in Berlin eine langfristige Partnerschaft und tiefe wirtschaftliche Beziehung zu China aufgebaut. Entkopplung von China auf kurze Zeit ist keine Lösung. Der Aufbau von Vertrauen hängt von Ehrlichkeit ab. Dies sollte der Eckpfeiler der künftigen deutsch-chinesischen Politik sein.

Stahl-, Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Wenn in der Wirtschaft „nichts los“ ist, wirft das Schatten auf den Rohstoffmarkt. Es ist reichlich **Nickel** (Ni), **Molybdän** (Mo) und **Chrom** (Cr) verfügbar, um rost- und säurebeständige Stähle herzustellen. Wenn die Nachfrage „dünn“ ist, können die Preise nicht anders als niedrig sein. Das wird bis Herbst so bleiben, ergo niedrige Preise und Legierungszuschläge. Eine Ausnahme macht Molybdän. Den eventuellen Anstieg begründen wir:

Präsident Trump hat Importzölle von 50% auf Kupfer angekündigt. An der Comex⁴ verteuerte sich der Preis um 30% in Relation zur LME, London. Grund: Er will die heimische Kupferindustrie stärken. Die braucht allerdings Vorlaufzeiten, um die Produktion hochzufahren. Die USA werden auf absehbare Zeit auf ausländische Minen angewiesen sein. Chile ist weltweit der größte Kupferproduzent (2024 ca. 5 Mio. Tonnen). AURUBIS, Hamburg mit der größten Kupferschmelze in Europa sieht keine Versorgungsschwierigkeiten.

Die größten Molybdänvorkommen sind in Nord- und Südamerika, Chile sowie China zu finden. In den Kupferminen Chiles fällt Molybdän als Nebenprodukt bei der Kupfergewinnung an.

⁴ „Commodity Exchange. Weltweit führender Handelsplatz, New York

Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs	Kassapreis	3 Monats-Preis	Nickel-Bestand / to	dt. Kassapreis
	€ / US-\$	Nickel (LME)	Nickel (LME)	LME	Nickel €/100 kg
02.01.2020	1,1213	14.075	14.165	153.318	1.258
04.01.2021	1,2296	17.344	17.403	247.980	1.410
04.01.2022	1.1370	20.730	20.610	101.256	1.839
03.01.2023	1.0664	31.200	31.350	55.380	2.961
02.01.2024	1.1039	16.600	16.800	64.158	1.515
02.01.2025	1.0376	15.010	15.295	162.474	1.455
03.02.2025	1.0370	14.900	15.115	172.500	1.452
03.03.2025	1.0402	15.600	15.770	195.162	1.490
01.04.2025	1.0787	15.850	16.060	199.020	1.470
02.05.2025	1.1290	15.325	15.525	200.418	1.351
02.06.2025	1.1432	15.145	15.355	200.310	1.327
01.07.2025	1.1745	14.965	15.170	203.886	1.267
24.07.2025	1.1729	15.330	15.550	204.456	1.304

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2024		2024		2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	04/24	973	12/24	1.039	1.069	1.077	1.067	1.049	1.017	969	980	975				
4301	02/24	1.951	06/24	2.313	2.115	2.118	2.101	2.092	1.984	1.900	1.870	1.834				
4404	01/24	3.161	07/24	3.810	3.504	3.522	3.484	3.453	3.262	3.123	3.126	3.091				
4509	02/24	1.243	12/24	1.313	1.342	1.350	1.340	1.321	1.290	1.236	1.238	1.233				
4521	03/24	2.048	07/24	2.220	2.216	2.238	2.210	2.168	2.084	1.988	2.031	2.027				
4539	01/24	5.595	07/24	6.940	6.225	6.253	6.187	6.143	5.778	5.550	5.549	5.425				
4571	01/24	3.200	07/24	3.860	3.548	3.566	3.525	3.493	3.299	3.161	3.162	3.124				

Legierungszuschläge für Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2024		2024		2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025
	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	04/24	1.168	12/24	1.246	1.196	1.292	1.280	1.259	1.221	1.162	1.176	1.170				
4301	02/24	2.341	06/24	2.776	2.384	2.542	2.522	2.510	2.382	2.280	2.243	2.201				
4310	02/24	2.212	06/24	2.603	2.252	2.401	2.382	2.370	2.252	2.154	2.122	2.068				
4404	01/24	3.793	07/24	4.560	3.793	4.226	4.181	4.144	3.916	3.748	3.751	3.708				

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2024		2024		2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	07/24	400	Meh- rere	450	425	420	450	430	430	410	400					
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	10/24	1.150	05/24	1.480	1.270	1.170	1.180	1.120	1.100	1.020	950					
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	Meh- rere	2.160	05/24	2.480	2.220	2.210	2.240	2.100	2.100	2.040	2.000					

*) Markenname Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team